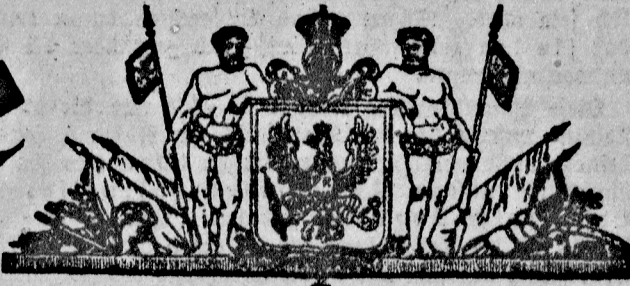


Wolffsche



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Wolffsche Zeitung“ erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf. Teuerungszuschlag 20 %. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 284, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Hindenburg und Ludendorff beim Kaiser.

Anerkennung der ukrainischen Delegation.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.
Brest-Litowsk, 12. Januar.

Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung, die um 11 Uhr 30 Minuten vormittags eröffnet wurde, gab der Vorsitzende, Graf Czernin, folgende Erklärung ab:

In der Plenarsitzung am 10. d. M. hat der Herr Staatssekretär der ukrainischen Volksrepublik den Delegationen der vier verbündeten Mächte die Note des Generalsekretariats der ukrainischen Volksrepublik vom 11./24. Dezember 1917, Nummer 726, übergeben. Diese Note enthält unter Punkt 7 die Erklärung, daß die durch das Generalsekretariat vertretene ukrainische Volksrepublik in völkerrechtlichen Angelegenheiten selbständig auftritt und daß sie gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilzunehmen wünsche.

In Erwiderung hierauf beehrte ich mich im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte nachstehendes zu erklären: „Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an. Die formelle Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik als selbständiger Staat durch die vier verbündeten Mächte bleibt dem Friedensvertrage vorbehalten.“

Herr Trozki, der hierauf das Wort erbat, führte folgendes aus:

„Im Zusammenhange mit der Forderung in der Erklärung der Delegationen des Biederbundes behandelten Frage, erachte ich es für notwendig, zum Zwecke der Information und behufs Vereinfachung möglicher Mißverständnisse folgende Erklärung abzugeben: Die jetzigen Konflikte, die sich zwischen der russischen Regierung und dem Generalsekretariat ergeben haben und deren tatsächliche Seiten mehr oder weniger allen Anwesenden bekannt sind, hatten und haben keinen Zusammenhang mit der Frage der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes.“

Sie sind durch die Widersprüche zwischen der Politik der Sowjets der Volkskommissare und des Generalsekretariats entstanden, Widersprüche, die ihren Ausdruck erhalten sowohl auf dem Gebiet der Ukraine wie auch außerhalb ihrer Grenzen. Was nun die faktisch vor sich gehende Selbstbestimmung der Ukraine in Gestalt einer Volksrepublik anbetrifft, so kann dieser Vorgang keinen Raum für Konflikte zwischen den beiden Bruderrepubliken geben. In Anbetracht dessen, daß es in der Ukraine keine Okkupationsstruppen gibt, daß das politische Leben dort frei verläuft, daß es dort weder mittelalterliche Ständesorgane gibt, die das Land repräsentieren wollen, noch von oben auf Grund der Machtstellung ernannte Scheinministerien, die innerhalb der Grenzen handeln, die ihnen von oben eingeordnet werden, in Betracht ziehend, daß auf dem Gebiet der Ukraine überall freigelegte Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten bestehen, und daß bei der Wahl aller Organe der Selbstverwaltung der Grundsatz des allgemeinen, gleichen, direkten und gehehmen Wahlrechts angewandt wird, gibt es und kann es keinen Zweifel geben, daß der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukraine in den geographischen Grenzen und in den staatlichen Formen, die dem Willen des ukrainischen Staates entsprechen, seine Vollendung finden wird. In Anbetracht des Vorstehenden und in Uebereinstimmung mit der in der Sitzung vom 10. Januar abgegebenen Erklärung steht die russische Delegation keineswegs Hindernisse für eine selbständige Teilnahme der Delegation des Generalsekretariats an den Friedensverhandlungen.“

Der ukrainische Staatssekretär, Polubnytschj erklarte hierauf, die Deklaration der vier verbündeten Mächte zur Kenntnis zu nehmen. Auf Grund derselben werde seine Delegation an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

General Hoffmann, der hierauf das Wort ergriff, bemerkte er habe aus der Antwort des Vorsitzenden der Petersburger Delegation aus seiner Protest erhellen, daß Herr Trozki nicht verstanden habe, warum die von ihm beanstandeten Forderungen und Verhöhnungen gegen den Geist des Waffenstillstandsvertrages seien. Am Kopf des Waffenstillstandsvertrages ständen die Worte „zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens“. Die russische Propaganda verstoße hiergegen, weil sie

nicht einen dauerhaften Frieden anstrebte, sondern Revolution und Bürgerkrieg in unsere Länder tragen möchte.

In seiner Antwort verwies der Vorsitzende der russischen Delegation darauf, daß die gesamte deutsche Presse in Rußland zugelassen sei, und zwar auch jene, die den Ansichten der russischen reaktionären Kreise entspreche und die dem Stand-

Wichtige Beratungen unter dem Vorsitz des Kaisers.

Wie wir erfahren, wurde Reichskanzler Graf Hertling gestern mittag vom Kaiser in Audienz empfangen. Am Nachmittag wurden Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff im Schloß Bellevue vom Kaiser empfangen. Die beiden Generale konferierten ferner im Laufe des Nachmittags mit dem Reichsanzler Grafen Hertling.

Ueber die Ergebnisse dieser Besprechungen ist noch nichts bekannt geworden. Sie werden heute voraussichtlich fortgesetzt. Es ist kein Zweifel, daß dabei Fragen von höchster Wichtigkeit entschieden werden. Die heutigen Beratungen, die unter dem Vorsitz des Kaisers stattfinden, werden nicht eigentlich den Charakter eines Kronrats tragen, da nicht sämtliche Staatsminister zugegen sein werden.

Die die „D. S. am Mittwoch“ erwähnt, sind in dieser Woche mindestens zwei Kanzlerreden zu erwarten. Eine im Hauptauschuß des Reichstages über die auswärtige Politik und eine im Herrenhaus über die innere preussische Politik. Der Tag der Rede des Grafen Hertling im Hauptauschuß ist noch nicht ganz sicher bestimmt. Voraussichtlich wird der Kanzler diese Rede am Mittwoch halten, da an diesem Tage die allgemeine politische Debatte, die eine Woche lang durch andere, mit dem Friedensschluß zusammenhängende Erörterungen unterbrochen war, wieder aufgenommen werden soll. Graf Hertling wird ausführlich auf die bereits ergangenen und noch erwarteten Rundgebungen der leitenden Staatsämter der Entente antworten.

punkte der Regierung der Volkskommissare zuwiderlaufe. Es herrsche also vollkommene Passivität in dieser Sache, die mit dem Waffenstillstandsvertrage nichts zu tun habe.

General Hoffmann replizierte hierauf, daß sein Protest sich nicht gegen die russische Presse gerichtet habe, sondern gegen offizielle Regierungshandlungen und offizielle Propagandatätigkeit, die mit der Unterschrift des Oberkommandierenden Krylenko versehen sei. Der Oberbefehlshaber Ost und der Staatssekretär des Außern betrieben keine analoge Propaganda.

Herr Trozki erwiderte hierauf, daß die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages keine Beschränkung für die Äußerung der Meinung der Bürger der russischen Republik oder ihrer regierenden oder leitenden Kreise enthielt oder enthalten könnten.

Staatssekretär von Rühlmann stellte zu den Bemerkungen des Vorsitzenden der russischen Delegation fest, daß die Richteinmischung in die russischen Verhältnisse ein feststehender Grundsatz der deutschen Regierung sei, der aber natürlich volle Gegenseitigkeit erheische.

Herr Trozki entgegnete, die Parteien, die der russischen Regierung angehören, würden es als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung frei und offenhändig ihre Ansichten über die inneren Verhältnisse ausdrücke, sofern sie dies für notwendig erachten würde.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Beichlagnahme deutschen Eigentums in Brasilien.

Dem „Temps“ wird aus Rio de Janeiro telegraphiert: Der Staat Sao Paulo hat die Läger des deutschen Hauses Theodor Wille beschlagnahmt. Diese Maßnahme, die die Politik Brasiliens gegen den deutschen Handel kennzeichnet, ist die Folge des kürzlich abgeschlossenen französisch-brasilianischen Abkommens. Dieses hat u. a. auch zur Folge, daß Deutschland den vorhergehenden Platz auf dem Kaffeemarkt, den es bisher in Brasilien innehatte, an Frankreich verliert.

Friede oder Polen?

Von
Georg Bernhard.

Die Rede des französischen Ministers Pichon hat in der Kammer Lärmstürzen ausgelöst. Es handelte sich dabei nicht um jene mehr oder weniger hysterischen Zwischenfälle, wie sie sich im französischen Parlament ja fast an allen sogenannten großen Tagen ereignen. Der Lärm setzte vielmehr an der richtigen Stelle ein und zeugt für das gewetzte politische Empfinden der Gegner des Kabinetts Clemenceau. Pichon ward von den Zwischenrufen unterbrochen, als er erzählte, er habe seine Rede vom 27. Dezember den Regierungen in London und Washington mitgeteilt und dort angefragt, ob die Staaten des Banderes nicht eine gemeinsame Erklärung auf die Friedensanfrage von Brest-Litowsk abgeben sollten. Die Antwort sei aber abschlägig ausgefallen, da, wie Pichon mitteilte, grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen des Biederbundes ja nicht vorhanden wären. Die französische Opposition wünschte den genauen Inhalt der Antworten zu wissen. Als Pichon sich weigerte, setzte die lärmende Zwischenrede ein.

Tatsächlich war auch die Mitteilung Pichons von ganz erheblicher Wichtigkeit. Die gemeinsame Erklärung der Entente hätte eine wechselseitige Bürgschaft der Friedensbedingungen bedeutet. Die einzelne Beantwortung dagegen läßt jedem der Genossen die Bege frei. Und wenn man sich in Kenntnis der Dinge, die Pichon mitgeteilt hat, noch einmal aufmerksam die Rede Lloyd Georges und die Politik Wilsons ansieht, so erkennt man, warum die französischen Kriegsziele sind von Wilson und von Lloyd George ganz verschieden behandelt worden. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat sie mit jener Wärme betont, die dem augenblicklichen Stand der freundschaftlichen Sonderbeziehungen zwischen der nordamerikanischen Union und der französischen Republik entspricht. Aber selbst Wilson kündigt durch die warme Farbgebung nicht über die Nüchternheit seiner tatsächlichen Stellungnahme. Und vollends der englische Ministerpräsident, der sich nicht einmal im Ton sonderlich bemüht, läßt deutlich durchblicken, daß Elsas-Lothringen für ihn unter Umständen der Preis sein könnte, um den er zum englischen Frieden mit Deutschland gelangt.

Die unbedingte Solidarität der Entente-mächte ist durch die Reden der verschiedenen Minister durchbrochen. Und seitdem man weiß, daß eine gemeinsame Rundgebung von den Franzosen beantragt, von den Engländern und den Amerikanern aber abgelehnt wurde, ist es völlig klar, daß Frankreich von seinen Bundesgenossen zu gegebener Zeit verkauft werden soll. Namentlich wenn Frankreich durch die kommenden kriegerischen Ereignisse im Westen in seiner Kampfkraft mattgesetzt werden sollte, so wird nach dem englischen Wunsche auf Kosten und unter Preisgabe Frankreichs der angelsächsische Friede mit Deutschland geschlossen werden. England arbeitet eben mit einer unheimlichen Folgerichtigkeit. Und es stellt seine Handlungsweise mit unerschütterlicher Menschenkenntnis auf die Seelenstimmung gewisser Persönlichkeiten in Deutschland ein, deren ganze Kriegszielpolitik darin besteht, nach dem Geseß des geringsten Widerstandes Erfolge zu erzielen. Sie wollen im Osten soviel wie möglich nehmen, weil sie wissen, daß es ihnen von England auch bei einem allgemeinen Frieden niemals strittig gemacht, eher sogar dargereicht werden wird. Und dieselben Leute werden sich im Westen durch Englands Gnade von französischem Lande schenken lassen, was nur immer erreichbar ist. Nur Belgien werden sie angänglich schonen, weil das die Voraussetzung dafür ist, daß England gnädigst an Deutschland die Kolonien zurückgibt. Wer die Rede Lloyd Georges so liest, wie sie verstanden werden muß, wer sie von jenem Aufschlag befreit, den der kluge Händlerführer gleich zum Abhandeln eingefügt hat, der steht deutlich, — von den türkischen Dingen vorläufig einmal abgesehen — daß genau in den gleichen Umrisser sich der positive englische Friedensvorschlag bewegt.

Ein solcher Friede — wenn er nicht etwa nur von den Engländern als verführerische Fata Morgana uns vorag-